

Anlage zu Mitteilung Nr. 5 der Antragskommission

3.1 Bildungspolitische Reformpositionen

Antragsteller: Hauptvorstand

Der Gewerkschaftstag beschließt die Bildungspolitischen Reformpositionen.
Schwerpunkte der weiteren Programmarbeit sollen sein:

- Sicherung und Weiterentwicklung der Professionalität im Bildungswesen.
- Bildungseinrichtungen im Spannungsfeld von Selbstständigkeit und zentraler politischer Verantwortung.
- Demokratische Beteiligung der Beschäftigten im Bildungssystem und Schaffung gewerkschaftlicher Strukturen in den Bildungseinrichtungen.
- Erarbeitung von gemeinsamen Kriterien und Verfahren für Qualitätsentwicklung in den Bildungseinrichtungen.

Bildungspolitische Reformpositionen der GEW 2005

1. Das Bildungswesen muss grundlegend reformiert werden

2. Bildung und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

3. Bildungsreform ist gesellschaftliche Zukunftsaufgabe

- Die veränderte Lebenswelt junger Menschen
- Der demografische Wandel
- Die Vielfalt der Kulturen
- Die soziale und regionale Disparität
- Die veränderten Kompetenzanforderungen
- Die Ökonomisierung des Bildungswesens

4. Pädagoginnen und Pädagogen als Motoren der Reform

5. Leitlinien einer Bildungsreform

- 5.1 Bildung in öffentlicher Verantwortung
- 5.2 Chancengleichheit
- 5.3 Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum
- 5.4 Bildung für Europa und in der einen Welt
- 5.5 Kulturen zusammen bringen
- 5.6 Geschlechterbewusste und geschlechtergerechte Bildung
- 5.7 Demokratie und Partizipation
- 5.8 Eigenständigkeit und Verantwortung
- 5.9 Zeit für Bildung - ein Leben lang
- 5.10 Orte für Bildung
- 5.11 Entwicklung und Evaluierung in lernenden Organisationen
- 5.12 Sozial gerechte Finanzierung

1. Das Bildungswesen muss grundlegend reformiert werden

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt in hohem Maße von einer umfassenden Bildung ab. Wirtschaft, Kultur und Sozialstaat werden sich nur dann weiter entwickeln können, wenn alle Menschen ihre Bildungspotenziale optimal entfalten können. Unsere Gesellschaft muss sich darüber klar werden, dass sie nur dann eine Zukunftschance hat, wenn sie in bestmögliche Bildung investiert.

Bildung ist ein komplexer, individueller, sozialer und gesellschaftlich eingebundener Prozess. Bildung eröffnet den Zugang zur Welt. Sie bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit, der Eigenheit, der Identität. Bildung versetzt Menschen in die Lage, miteinander zu kommunizieren und sich in der Gesellschaft zu bewegen. Bildung hat nicht nur allein die Aufgabe, den Menschen das sich ständige und rapide anwachsende Wissen zu vermitteln. Sie muss besonders für Orientierung des einzelnen Menschen in der Fülle der Informationen sorgen. Durch Bildung eröffnet sich der Einzelne Zugangschancen zu Arbeit und Beruf. So ist Bildung vor allem auch eine „soziale Frage“. Allgemeine Bildung richtet sich an alle Menschen, nicht nur an privilegierte Gruppen und nicht nur an Menschen in einer abgegrenzten Lebensphase. Als gesellschaftliches Gut bedeutet Bildung Gestaltung, nicht nur Gestaltung des eigenen Lebens, sondern auch Gestaltung der Umwelt und der Gesellschaft.

Bildung hat vor allem auch emanzipatorischen Charakter. Bildung ermöglicht die rationale und kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität. Bildung führt in ihrem Ergebnis zu Einstellungen, Haltungen, Kenntnissen und Kompetenzen, die benötigt werden, um in einer unsicheren Zukunft bestehen zu können. Dazu müssen die Einzelnen stets weiter lernen können. Den Prozess des lebenslangen Lernens zu unterstützen, anzuregen und zu strukturieren ist Ziel und Aufgabe aller Einrichtungen des Bildungswesens.

Das Bildungswesen, wie wir es aus der historischen Entwicklung der Gesellschaft heute vorfinden, ist offensichtlich weder in der Lage, dem einzelnen Menschen die Bildung zu ermöglichen, mit der er sein Leben meistern kann, noch ist es dafür geeignet, der Gesellschaft die notwendigen Entwicklungsimpulse zu geben, die sie im 21. Jahrhundert benötigt.

Wir brauchen in unserer Gesellschaft eine offene Diskussion, um klare Vorstellungen von dem zu entwickeln, was und wie Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Zukunft lernen. Gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Organisationen wollen eine Perspektive, wie das deutsche Bildungssystem umgestaltet werden muss, damit in Zukunft alle Kinder und Jugendlichen in dieser Gesellschaft optimal gefördert werden.

Die Unzufriedenheit mit dem Bildungswesen, seinen Methoden und Arbeitsweisen und seinen Bedingungen ist groß. Offenbar gelingt es in dem vorhandenen System nicht, Veränderungen wie den Wandel von der Industrie- zur so genannten Wissensgesellschaft, im Verhältnis der Geschlechter und Generationen oder durch die Folgen der Migration zu gestalten. Bildungsinstitutionen, die jedoch vorrangig die Aufgabe erfüllen, durch abgeschottete Bildungsverläufe Lebenschancen in hierarchischen Gesellschaftsstrukturen zu verteilen, geraten in dem Maße in die Krise, wie die Gesellschaft und ihre Mitglieder nicht mehr bereit sind, zuzuschauen, wie viele Talente und Fähigkeiten vergeudet werden. Gesellschaftliche Prozesse der zunehmenden Individualisierung und Segmentierung, die Folgen von ungesicherter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, die Auswirkungen von Mobilität auf den Zusammenhalt von Familien und Beziehungen werden zwar gesehen, bleiben aber für die Gestaltung von Bildung weitgehend unberücksichtigt. Durch den in den 80er Jahren einsetzenden und sich seit 1995 wieder verschärfenden Mangel an Ausbildungsplätzen und die Arbeitslosigkeit sind bereits Hunderttausende von jungen Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden. Dies hat

sich in den letzten 15 Jahren vor allem im Osten Deutschlands dramatisch verstärkt. Wer jungen Menschen keine umfassende und hochwertige Bildung garantiert, beraubt sie ihrer Zukunft.

Die Pädagoginnen und Pädagogen werden vor unlösbare Aufgaben gestellt. Obwohl das vorhandene Bildungssystem und die Gesellschaft einen erheblichen Teil von Kindern und Jugendlichen aussortiert, wird gleichzeitig der Anspruch an sie gestellt, allen Kindern die gleichen Chancen zu bieten und sie alle zu hohen Leistungen zu befähigen. Zudem müssen sie die hohen pädagogischen Anforderungen unter immer schlechteren Arbeits- und Lernbedingungen erfüllen.

Internationale Schulleistungsstudien haben bestätigt, dass das deutsche Schulsystem offensichtlich Probleme hat, allen Kindern und Jugendlichen die Bildung zu ermöglichen, die sie befähigen und motivieren würde, auf dem Gelernten aufbauend – sei es selbstbildend, sei es in Einrichtungen – weiterzulernen. Das Bildungssystem ist kaum in der Lage, Defizite im weiteren Verlauf wieder auszugleichen. Wer nicht als Kind Lernfreude entwickeln konnte und Lernerfolg gespürt hat, wird es als Jugendlicher oder Erwachsener schwer haben, Zugang zu Bildung zu finden. Besonders schwer wiegt dabei auch die Tatsache, dass in Deutschland der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft der Menschen abhängt.

Diese Tatsache belegt, dass unser Bildungssystem nicht das leistet, was seine vornehmste und verfassungsrechtlich gebotene Aufgabe in einer demokratischen und auf Teilhabe angewiesenen Gesellschaft ist: Mit seinen Mitteln Chancenungleichheit zu reduzieren.

In den **Tageseinrichtungen für Kinder** hat die Pädagogik der frühen Kindheit noch nicht die notwendige inhaltliche Bedeutung erlangt: Nach wie vor wird der Bildungsauftrag von Betreuungsaufgaben überlagert. Außerdem sind die Erzieherinnen und Erzieher nicht adäquat ausgebildet. Nach internationalen Maßstäben bieten nur ein Drittel der Tageseinrichtungen für Kinder ein gutes pädagogisches Angebot. Sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den Grundschulen fehlen Männer als Pädagogen.

Die **Schulen** leiden sowohl an mangelnden Möglichkeiten individueller Förderung und zu schlechter personeller und sächlicher Ausstattung, als auch an einem Gesamtsystem, das mit seiner frühen Selektion nach Schularten die pädagogische Entwicklung behindert und einschränkt. Eine „Pädagogik der Vielfalt“ zeigt sich nur in der integrativen Grundschul-, Gesamtschul- und Sonderpädagogik sowie in wenigen Reformprojekten. Der Wandel von der bürokratischen, selektiven Halbtagschule zu einer integrativen, gemeinwesenorientierten Ganztagschule – zu einer Schule für alle Kinder - gelingt nicht, weil er von vielen politisch Verantwortlichen nicht gewollt wird. Es fehlt an Unterstützung und an den entsprechenden Rahmenbedingungen. Das jetzige Schulwesen entlässt zu viele Jugendliche ohne Abschluss oder mit schlechten Berufschancen und zu wenige Hochschulzugangsberechtigte.

In der **beruflichen Bildung** sind verschiedene Krisensymptome zu verzeichnen. Sie verstärkt aufgrund des Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen soziale, geschlechtsspezifische, ethnische und regionale Disparitäten. Es ist ein bildungspolitischer Skandal, dass jedes Jahr Zehntausende junger Menschen ohne Ausbildungsplatz zurückbleiben und sich diese Zahl wegen der jährlich zunehmenden „Bugwelle“ von Unversorgten oder in Warteschleifen abgedrängten Jugendlichen inzwischen vervielfacht hat. Die berufliche Integration von leistungsschwächeren Jugendlichen durch Qualifizierung gelingt immer weniger. Auch der Übergang von der Ausbildung in den Beruf („zweite Schwelle“) wird immer schwieriger, insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und für bestimmte Gruppen, wie z.B. junge Frauen und Migrantinnen und Migranten.

Der Übergang von Ausbildung und Studium in den Beruf ist insbesondere für junge Frauen eine Hürde. Trotz ihrer sehr guten Leistungen und Abschlüsse sind sie weiterhin in vielen Berufsfeldern und vor allem in Leitungspositionen unterrepräsentiert.

Die Ausbildungskapazitäten der **Hochschulen** sind durch „Überlastprogramme“ ausgeweitet worden, ohne zugleich die Anzahl der Lehrenden zu erhöhen. Das Verhältnis von Studium und Beruf ist weiterhin ungeklärt. Gemessen an dem wachsenden Zusatz- und Ersatzbedarf

hochqualifizierter junger Menschen in den kommenden Jahren ist die Zahl der Hochschulabsolventen viel zu niedrig. Wer eine bessere wirtschaftliche Verwertung von Forschung fordert, übersieht dabei die Gefahren für die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Wer mehr Qualität bei Forschung und Lehre verlangt, muss Kreativität fördernde Arbeitsbedingungen schaffen. Institutionelle Abschottungen verhindern die Durchlässigkeit zwischen Hochschule und Forschung. Mangelnde Partizipation schränkt die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsbereichs ein.

Die Einrichtungen der **Weiterbildung** bieten nicht immer die Gewähr, dass das nachgefragte Angebot zu akzeptablen Bedingungen zu bekommen ist. Die Teilhabe an Weiterbildung ist weiterhin viel zu gering, sozial, ethnisch und geschlechtsspezifisch selektiv. In der Weiterbildung mangelt es an verlässlicher Qualität und Transparenz. Die Neuausrichtung und die Kürzungen bei der SGB III-geförderten Weiterbildung führen zu einem Abbau von Trägerstrukturen und Angeboten - mit verheerenden Folgen für Zielgruppen und Beschäftigte in der Weiterbildung. Auch Länder und Kommunen ziehen sich immer mehr aus der Verantwortung und der Finanzierung der Weiterbildung zurück und überlassen sie privaten Trägern; der Anteil privater Finanzierung wird immer höher, so dass die Teilhabe an Weiterbildung nur für die möglich ist, die sie auch bezahlen können. Der Anspruch des lebenslangen Lernens ist längst nicht eingelöst. Er wird auf eine Anforderung an den Einzelnen reduziert, seine Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, ohne dass die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Durch diese Entwicklungen wird ein wichtiger Teil des Bildungswesens zunehmend ökonomisiert und den marktwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismen unterworfen.

Die GEW fordert eine umfassende Reform des Bildungswesens mit dem Ziel, ein konsistentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu schaffen, in dem alle Menschen ihr Recht auf Bildung verwirklichen können und in dem die Beschäftigten Arbeitsbedingungen vorfinden, die eine professionelle, pädagogische und wissenschaftliche Arbeit ermöglichen.

2. Bildung und gesellschaftliche Rahmenbedingungen

In Deutschland werden derzeit Zukunftschancen verspielt. Die staatliche Aufgabe, das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, gerät in immer schärferen Widerspruch zu dominanten neoliberalen Wirtschaftszielen. Staatlichen Bildungseinrichtungen droht die Privatisierung bzw. die Unterwerfung unter privatwirtschaftlich organisierte Steuerung. Die Ergebnisse von Bildung werden zunehmend an betriebswirtschaftlichen Kriterien rein privater Verwertung gemessen. Diese Entwicklungen und Bestrebungen verstärken die soziale Disparität und gefährden in hohem Maße einen gleichen und freien Zugang zu Bildung für alle.

Der Sozialstaat wird demontiert. Er wird durch die neoliberale Politik auf das „Kerngeschäft“ reduziert, er gibt bisher öffentliche Leistungen teilweise oder vollständig ab, finanziert sich zunehmend über neue oder steigende Gebühren. Durch die Umverteilung im Steuersystem von unten nach oben und rückläufige Steuereinnahmen, u.a. durch internationale Kapitalflucht und Wirtschaftskrisen, „verarmen“ der Staat und seine Körperschaften (Länder, Kommunen).

Der Abbau des Sozialstaates ist eine internationale Entwicklung, die in den 80er Jahren in den USA und Großbritannien begonnen hat. Die Dominanz neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik basiert auf einer globalen Veränderung der Produktionsweisen und Kapitalverflechtungen und einer daraus resultierenden Schwächung des Einflusses der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen auf die gesellschaftliche Entwicklung. Eine internationale Gegenwehr gegen diese Dominanz zeigt sich erst in Ansätzen. Ein wichtiges Feld der kommenden Auseinandersetzung sind die Verhandlungen zur Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes (GATS) auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO). Sie werden ohne demokratische Legitimation, Kontrolle und direkte Einflussmöglichkeit der Zivilgesellschaft geführt. Die Auswirkungen dieser Verhandlungen sind aber national, bis zum Einzelnen hin spürbar. Auch die Entwicklung der Europäischen Union schafft neue Bedingungen für die Durchsetzung des Rechtes auf Bildung und

anderer sozialer Rechte. Sie sind im nationalen Rahmen nur noch begrenzt realisierbar. Gleichwohl hat die zukünftige Richtung der Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland auch Rückwirkungen auf die EU, in der die Bundesrepublik einer der maßgeblichen Nationalstaaten ist.

Die Gestaltung des Europäischen Bildungs- und Forschungsraums wird weitreichende Folgen für die Bildungsabschlüsse und die Bildungseinrichtungen haben. Sie entzieht sich ebenso wie die Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten zunehmend der direkten Einflussnahme der nationalen Akteure. Doch schon heute lässt sich erkennen, dass die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen im Euroraum schnell überholt sein wird und bereits durch die OECD weltweit vergleichbare Benchmarks erarbeitet werden (siehe auch Leistungsvergleichsstudien wie PISA, IGLU). Wer bestimmt zukünftig über Bildungsinhalte, über die Organisation und Finanzierung des Bildungssystems und somit auch über Zugangsmöglichkeiten?

Die demografische Entwicklung in nahezu allen Industrieländern führt dazu, dass in absehbarer Zeit mehr ältere Menschen außerhalb des Arbeitsprozesses stehen. Dies wird von interessierter Seite – auch aus durchsichtigem politischen Kalkül – als demografische Katastrophe bezeichnet und als Begründung für dramatische Einschnitte in die Sozialsysteme (Renten- und Gesundheitssystem) angeführt.

Die Notwendigkeit des Sozialstaatsabbaus lässt sich jedoch nicht aus der demografischen Entwicklung begründen. Die weitere demografische Entwicklung ist nicht statisch, sondern z.B. abhängig von der Kinderfreundlichkeit der Gesellschaft und der Einwanderungspolitik. Die Zunahme der Arbeitsproduktivität kann bei entsprechender Verwendung für die Sozialkassen genutzt werden. Das größte Problem unserer Gesellschaft – und damit auch der Sozialsysteme – ist die Übermacht der Wirtschafts- und Gewinninteressen, die zu einer strukturell verfestigten und permanent steigenden Arbeitslosigkeit, zu einer Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie zum forcierten Ausbau des Niedriglohn- und Zeitarbeitssektors führt.

Der Bildungssektor ist zweifelsohne perspektivisch ein in seiner Bedeutung weiter wachsender Bereich. Die Gewerkschaften haben bereits in den 90er Jahren vor seiner Vernachlässigung gewarnt. Eine breite öffentliche Bildungsdebatte hat sich jedoch erst entwickelt, nachdem auch die Wirtschaft begonnen hat, den drohenden Mangel an qualifiziertem Nachwuchs zu beklagen. Diese Klage resultiert allerdings eher aus der Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland als um die von den Auswirkungen der Ausgrenzungspolitik betroffenen jungen Menschen. Die breite öffentliche Bildungsdebatte geht einher mit der dramatischen Verschlechterung der öffentlichen Haushalte und den oben beschriebenen Trends, Bildung zu entstaatlichen, zu privatisieren und zu ökonomisieren. Noch scheint nicht klar zu sein, ob die öffentliche Verantwortung für das Bildungs- und Jugendhilfesystem als Ganzes erhalten bleibt. Es besteht die Gefahr, dass die öffentliche Verantwortung auf die Grundbildung und Grundversorgung reduziert wird und Bildung verstärkt von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern „gekauft“ werden muss.

Die GEW ist gefordert, mit einem eigenen bildungspolitischen Zukunftskonzept, das die Rolle der Bildung in einem demokratischen Sozialstaat neu bestimmt, Perspektiven aufzuzeigen und diese in die gesellschaftliche Debatte einzubringen. Dabei spielt ihre doppelte Verantwortung sowohl für die inhaltliche Gestaltung der Bildungspolitik als auch für die Arbeitsbedingungen der im Bildungswesen Beschäftigten eine zentrale Rolle.

Die Realisierung dieses Konzepts hängt von der Veränderung der hier beschriebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Gleichzeitig soll es einen Beitrag zur Veränderung dieser Rahmenbedingungen leisten. Der gegenwärtige europaweite und internationale Trend zur Vertiefung sozialer Gegensätze, zum Abbau und zur Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis des Wirkens daran interessierter gesellschaftlicher und politischer Kräfte. Es steht im Widerspruch zum Bedarf der gesamten Gesellschaft an Bildung, Kultur und sozialer Versorgung.

3. Bildungsreform ist gesellschaftliche Zukunftsaufgabe

Die GEW will mit den vorliegenden bildungspolitischen Reformpositionen eigene Akzente in der gesellschaftlichen Debatte über die Zukunft der Bildung setzen, die auf einem demokratischen und humanistischen Menschenbild und Bildungsbegriff aufbaut. Dabei gilt es auch, institutionelle Grenzen zu überwinden und den Blick auf internationale Entwicklungen zu richten. Als Bildungsgewerkschaft sehen wir den Zusammenhang zwischen der Qualität der Bildungseinrichtungen und der Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Eine zukunftsweisende Bildungsreform muss Antworten auf **folgende Herausforderungen** finden:

Die veränderte Lebenswelt junger Menschen

Soziale und regionale Disparitäten, kulturelle und sprachliche Vielfalt der Gesellschaft, veränderte Formen des Zusammenlebens, Einfluss der Konsum- und Mediengesellschaft schon auf Kleinkinder erfordern eine stärkere gesellschaftliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Ausdruck dieser gesellschaftlichen Verantwortung ist ein konsistentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung. Das beginnt bei den Tageseinrichtungen für Kinder vom ersten Lebensjahr an und geht bis zur beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Das Schulwesen muss in seiner Struktur so verändert werden, dass alle Kinder gleichermaßen gefördert werden können. Das geht am besten in einer zehnjährigen Schule, die alle Kinder gemeinsam besuchen. Die Inhalte und Methoden des Lernens müssen konsequent auf das einzelne Kind, den einzelnen Jugendlichen abgestimmt sein. Alle lernen zur gleichen Zeit das Gleiche mit dem gleichermaßen gemessenen Ergebnis – eine solche Pädagogik des Gleichschritts ist nicht zukunftstauglich. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft muss auch das soziale Lernen verstärkt werden. Die Prinzipien der neuen Pädagogik müssen heißen: Individualität statt Konformität, Fördern statt Auslesen, voneinander lernen, Heterogenität statt Gleichmacherei.

Die GEW fordert, dass sich alle Einrichtungen des Bildungswesens eindeutig zu der Verpflichtung bekennen, jedes Kind, jeden Jugendlichen und jeden Erwachsenen vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie zu fördern. Dazu müssen die Einrichtungen und ihre Beschäftigten in die Lage versetzt werden, sich dieser gesellschaftlichen Verantwortung zu stellen.

Der demografische Wandel

Durch den Rückgang der Geburtenzahlen verändert sich der Altersaufbau der Gesellschaft. Weniger Kinder darf nicht heißen weniger Bildungsangebote. Der Geburtenrückgang darf nicht zu Kürzungen der Bildungsbudgets missbraucht werden. Im Gegenteil: frei werdende Kapazitäten sind für eine Steigerung der Qualität zu nutzen.

Das Bildungswesen muss sich zugleich darauf einstellen, dass zunehmend ältere Menschen Bildungsangebote nachfragen. Das Recht auf Bildung ist keineswegs ein Vorrecht der Kindheit und der Jugend, sondern ebenso ein Recht von Erwachsenen jeder Altersstufe. Das Bildungswesen hat auch eine Funktion für den Dialog der Generationen.

Die GEW fordert, dass die durch den Geburtenrückgang frei werdenden Ressourcen im Bildungswesen verbleiben und eingesetzt werden für den notwendigen Umbau und die notwendigen Verbesserungen des Systems. Generationenübergreifende Bildungsangebote sind auszubauen.

Die Vielfalt der Kulturen

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Schon seit Jahrzehnten leben hier Millionen Menschen aus anderen Kulturen mit ihren Familien. Aus den Mitgliedsländern der EU wird es Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern und deren Familien nach Deutschland geben. Aus Ländern anderer Erdteile werden Menschen auf der Suche nach Arbeit und aufgrund von Verfolgung und Vertreibung nach Deutschland kommen und hier auf Dauer ansässig werden. Das Bildungswesen hat die Aufgabe, die Bildungsmisere der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund endlich zu beenden und die Integration der nach Deutschland kommenden

Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu fördern. Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur. **Die GEW fordert, das Prinzip der interkulturellen Öffnung in allen Bildungseinrichtungen zu verankern. Interkulturelle Bildung muss zum selbstverständlichen Teil der Bildung werden. Wichtig sind die Förderung der Mehrsprachigkeit und die Vermittlung der Einsicht, kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu verstehen.**

Die soziale und regionale Disparität

Die Spaltung zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wächst vor allem durch Langzeitarbeitslosigkeit und einem zunehmenden Niedriglohnsektor auf der einen und ungerechtfertigten Steuerprivilegien und Kapitalflucht auf der anderen Seite. Das gegenwärtige Bildungssystem verstärkt diese Entwicklung durch die enge Kopplung der Bildungschancen des Einzelnen an seine soziale Herkunft. Menschen ohne ausreichende Qualifikation werden immer stärker an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Innerhalb Deutschlands gibt es Wanderungsbewegungen, die sich ohne politische Gegensteuerung weiter verstärken werden und zu zunehmender Polarisierung und sozialer Segregation führen. Um das Zusammenleben im Wohngebiet positiv zu gestalten, gilt es, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Umfeld zu stärken. Vor allem Großstädte müssen durch sozialräumliche Planung und durch hochwertige, die soziale Lage der Kinder und Jugendlichen berücksichtigende Bildungseinrichtungen der Abwanderung und der Ghettoisierung entgegenwirken.

Die GEW fordert die politischen Entscheidungsträger auf, durch verstärkte Investitionen in und bessere Vernetzung von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen allen Familien mit Kindern ein attraktives Lebensumfeld zu bieten.

Die veränderten Kompetenzanforderungen

Dem Bildungswesen werden ständig neue Aufgaben übertragen, ohne dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Informationstechnologien, Fremdsprachen, Umwelterziehung, familienergänzende Betreuungsaufgaben, Eingliederung von Migrantenkinder, Vorbereitung auf veränderte Berufsbiografien, Entsolidarisierungstendenzen, zivilgesellschaftliches Engagement – die Liste von Anforderungen, denen sich Bildungseinrichtungen stellen müssen, ist mit diesen wenigen Stichworten nur angedeutet. Es muss ein Gleichgewicht zwischen allen relevanten Teilbereichen gefunden werden. Dazu gehören nicht nur intellektuelle Qualifikationen und handwerkliche Fertigkeiten, sondern ganz wesentlich die Persönlichkeitsentwicklung, die Befähigung zu demokratischer Partizipation, politischer Einflussnahme und die Entwicklung kultureller Identität.

Die GEW fordert gesellschaftliche Entscheidungen verstärkt darauf zu überprüfen, welche Auswirkungen sie auf das Bildungswesen und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen haben.

Die Ökonomisierung des Bildungswesens

Das Bildungswesen muss sich an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien orientieren. Die Maßstäbe und die Funktionslogik einer profitorientierten Marktwirtschaft dürfen nicht zur Richtschnur für ein demokratisches Bildungswesen werden.

Es muss als Ganzes staatlich gewährleistet bleiben. Dieses oberste Prinzip einer auf Chancengleichheit ausgerichteten Bildungspolitik wird aber immer mehr in Frage gestellt, unterhöhlt und stückweise abgebaut. Immer mehr werden Kinder, Jugendliche, ihre Eltern und vor allem auch Erwachsene, die Bildungseinrichtungen besuchen, als so genannte Kunden betrachtet. Sie sollen sich Bildung kaufen. Die bisher regelmäßigen, staatlich garantierten und für alle zugänglichen Bildungsangebote werden zurückgefahren und in einigen Bereichen sogar privatisiert. Darunter leiden insbesondere die integrativen pädagogischen Einrichtungen, die sich vor allem Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern mit Behinderungen zuwenden, aber auch Einrichtungen der „Zweiten Chance“ im Rahmen der Weiterbildung. Die neoliberale Bildungspolitik gaukelt individuelle Freiheit und Chancengerechtigkeit vor, indem sie den scheinbar freien Wettbewerb durch Bildungsgutscheine und Gebühren forciert. Angesprochen

werden damit vor allem Besserverdienende, die obere Mittelschicht und hoch qualifizierte junge Menschen. Abgehängt werden bei dieser Politik die sozial Schwächeren und Menschen mit geringerem Qualifikationsniveau.

Die GEW fordert, Tageseinrichtungen für Kinder, Einrichtungen der Jugendhilfe, allgemein und berufsbildende Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in die Lage zu versetzen, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen unter Verantwortung des Staates ein eigenständiges, qualitativ hochwertiges Profil entwickeln zu können.

4. Pädagoginnen und Pädagogen als Motoren der Reform

Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler spielen bei einer Reform die entscheidende Rolle. Aufgrund ihrer Professionalität erkennen sie den Handlungsbedarf und sehen die Gestaltungsmöglichkeiten. Pädagoginnen und Pädagogen haben ein Interesse an einer möglichst umfassenden Umgestaltung des Bildungssystems, die alle Kinder und Jugendlichen mit einbezieht. Eine solche Reform kann nur mit ihnen und nicht gegen sie verwirklicht werden.

Politik und Gesellschaft müssen aus Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen den Pädagoginnen und Pädagogen ausreichende materielle und strukturelle Rahmenbedingungen für ihre Arbeit sowie gute Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, Die Pädagoginnen und Pädagogen sind umgekehrt der Gesellschaft und insbesondere den Kindern und Jugendlichen gegenüber für eine professionelle, reformorientierte Bildungs- und Erziehungsarbeit verantwortlich. Die GEW wird ihre politische Verpflichtung als Bildungsgewerkschaft sowohl dabei übernehmen, für bessere materielle und strukturelle Rahmenbedingungen einzutreten, als auch dabei, die Pädagoginnen und Pädagogen zur Mitwirkung an Reformen im Interesse gemeinsam definierter Ziele zu bewegen.

Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie ist die einzige gewerkschaftliche Organisation in Deutschland, in der alle pädagogischen und wissenschaftlichen Berufe - von der Jugendhilfe über die Schulen und die berufliche Ausbildung bis zu den Hochschulen und der Weiterbildung - gemeinsam vertreten sind. Diese Ressource nutzen wir bildungspolitisch, ohne dabei die Bedingungen, unter denen die pädagogische und wissenschaftliche Arbeit geleistet werden soll, zu vernachlässigen. Ausgangspunkt hierfür ist die Diskussion eines neuen, übergreifenden Bildungsbegriffs.

Das muss vor allem von den Profis selbst entwickelt werden und im gesellschaftlichen Dialog bestehen.

Das Professionsbild hat sich gewandelt und wird in Zukunft stärker durch Kompetenzen bestimmt, die sich vor allem auf die Aktivierung und Gestaltung von individuellen Lernprozessen sowie auf die Entwicklung sozialen Lernens konzentrieren. Anerkennung von Heterogenität und individuelle Förderung sind oberste pädagogische Maxime. Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten zum Wohle der Entwicklung und des Lernprozesses der Lernenden sowohl untereinander als auch mit Psychologinnen, Mediziner, Therapeuten und Eltern kontinuierlich zusammen.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen ausreichend Zeit haben für die Lernenden, für die Gestaltung von Lernprozessen, für die individuelle Förderung und für ihre eigene Fort- und Weiterbildung. Pädagoginnen und Pädagogen sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und machen daher ihre Arbeit transparent.

Die GEW fordert:

Die Ausbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen erfolgt an Hochschulen. Die Grundausbildung aller pädagogischen Professionen ist gleich. Dem einheitlichen Basisstudium folgt das arbeits- und berufsfeldbezogene Hauptstudium. Die Ausbildung vermittelt wissenschaftliches, historisches und kritisches Denken sowie die Kompetenz zur Reflexion der eigenen Bildungsbiografie und der Geschlechterrolle. Wollen Pädagoginnen und Pädagogen in

andere Bereiche des Bildungssystems wechseln, werden ihnen entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen angeboten.

5. Leitideen einer Bildungsreform

5.1 Bildung in öffentlicher Verantwortung

Der demokratische und soziale Rechtsstaat ist ein Verfassungsgebot der Bundesrepublik Deutschland. Die Verwirklichung des Menschenrechtes auf Bildung, auf Chancengleichheit unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Kultur ist auf den Erhalt und Ausbau des demokratischen Sozialstaates angewiesen. Er nimmt die Verantwortung für das Bildungswesen wahr, garantiert einheitliche Rahmenbedingungen, definiert Standards und kontrolliert, dass diese nicht unterschritten werden. Durch eine geeignete Steuer- und Wirtschaftspolitik hat der Staat die notwendigen Mittel zur Wahrnehmung seiner sozialen Aufgaben zu sichern.

Derzeit definieren Wirtschaftsverbände und Parteien die Aufgaben des Staates um, nicht nur unter staatspolitischen Prämissen (Föderalismus, „aktivierender Sozialstaat“), sondern vor allem auch mit finanziellen Konsequenzen. Vor diesem Hintergrund müssen Begriffe wie Pluralität und Subsidiarität, Vielfalt und Eigenverantwortung neu zu bestimmen werden. Es ist auszuloten, was der Staat einheitlich für alle vorgibt und an welchen Stellen einzelne Bildungseinrichtungen in finanziellen, personellen und konzeptionellen Fragen eigene Gestaltungsspielräume erhalten.

Das Recht auf Bildung kann allerdings nur verwirklicht werden, wenn der Staat Institutionen schafft und fördert, die in der Lage sind, dieses Recht für alle Menschen auch qualitativ einzulösen. Demokratisch ist das Bildungswesen zum einen dann, wenn die Einfluss- und Kontrollrechte der Parlamente gewahrt sind und zum anderen die Mitwirkung der an Bildung Beteiligten in den Bildungseinrichtungen gesichert ist.

Die GEW fordert:

Der Staat hat sicherzustellen, dass alle Kinder und Jugendlichen frei von finanziellen Beiträgen oder Gebühren ihr Recht auf Bildung, Ausbildung und Erziehung wahrnehmen können. Durch einheitliche Rahmenrichtlinien und Standards müssen Arbeitsstrukturen geschaffen und garantiert werden, die hohe Bildungsqualität ermöglicht.

5.2 Chancengleichheit

Bildungseinrichtungen müssen zur Reduktion gesellschaftlicher Ungleichheit beitragen. Das kann am besten dadurch gelingen, dass auf Basis individueller Förderung alle auf ein anspruchsvolles Bildungsniveau geführt werden. Das Verschweigen der ungleichen Startbedingungen führt zur Umdeutung der objektiven Benachteiligung in individuelle Begabungsunterschiede. Zur Achtung von Unterschieden und dem Vorhaben, Benachteiligungen zu vermeiden, dient eine Bejahung von Heterogenität und eine reflexive Pädagogik, die beides kontinuierlich thematisiert: Unterschiede und Chancengleichheit.

Moderne Pädagogik leugnet nicht unterschiedliche Potenziale. Sie setzt sich das Ziel, diese zu erkennen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu fördern. Die grundlegende Maxime aller Bildungseinrichtungen „Helfen und Fördern von Anfang an“ wird nicht im „Gleichschritt“ umgesetzt: Jeder und jede nach seinen und ihren Möglichkeiten. Aber: Eine grundlegende Bildung für alle muss erreicht und ermöglicht werden. Dabei werden alle einbezogen, niemand wird beschämt, niemand wird zurückgelassen. Inklusion ist das Prinzip moderner Pädagogik.

Allen Kindern und Jugendlichen beste Chancen für umfassende Bildung auf einem hohen Niveau zu ermöglichen und gleichzeitig Spitzenleistungen hervorzubringen, ist zentrales Qualitätsmerkmal und die komplexe Leitperspektive eines demokratischen, leistungsstarken, sozial gerechten und humanen Bildungssystems. Chancengleichheit und Leistung sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Die GEW fordert:

Die Leistungsanforderungen im Bildungswesen müssen neu definiert werden. Es müssen neue Verfahren der Leistungsfeststellung entwickelt werden, die Leistungsdiagnose und Bildungsförderung (z.B. Förderdiagnostik) verbinden. Es darf im Bildungswesen keine Sackgassen geben. Junge Menschen, die den Anschluss an das allgemeine Lernniveau zeitweise verlieren, müssen die Möglichkeit haben, zu einem späteren Zeitpunkt höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben.

5.3 Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum

„Lernen, zusammenzuleben – Lernen, mit anderen zu leben. Diese Dimension von Bildung ist heute wahrscheinlich die wichtigste.“ Diese zentralen Ziele werden im UNESCO-Bericht zur „Bildung für das 21. Jahrhundert“ formuliert. Deutschland ist noch weit davon entfernt.

Inklusion und nicht Aussonderung ist die Maxime. Zugehörigkeit ist ein Grundrecht. Vielfalt wird als Bereicherung erlebt. Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Elternhäusern, Kinder aus unterschiedlichen Familienformen, Mädchen und Jungen, lesbische oder schwule Jugendliche werden nicht mehr benachteiligt. Von Anfang an muss in den Strukturen des Bildungswesens klar sein, dass Aussonderung kein pädagogisches Ziel ist. Der Respekt vor der Individualität der Lernenden und der Umgang mit Heterogenität verlangen neue methodische Instrumente sowie diagnostische und pädagogische Kompetenzen.

Davon profitieren alle Kinder und Jugendlichen: ob mit oder ohne Behinderung, ob leistungsschwach oder leistungsstark, ob Junge oder Mädchen, ob deutscher oder nicht-deutscher Herkunftssprache, ob aus privilegierten oder sozial schwachen Milieus. Damit Inklusion in allen Bildungseinrichtungen gelingt, müssen die Pädagoginnen und Pädagogen die materiellen und institutionellen Möglichkeiten sowie die geeignete Aus- und Fortbildung erhalten und die Bereitschaft entwickeln, sich auf diese Herausforderungen einzulassen. Das ist eine Frage des professionellen Selbstverständnisses, aber auch eine Aufgabe der Aus-, Fort-, und Weiterbildung.

Die GEW fordert:

Die Bildungseinrichtungen sollen sich einer förderorientierten, humanistischen und die Vielfalt bejahenden Philosophie verpflichten. Zugleich müssen sie über die entsprechende Grundausstattung, Kompetenzen und Verfahren verfügen, die Inklusion ermöglichen. Entscheidend dabei ist ausreichendes Personal, das sich aus den verschiedenen dafür notwendigen Professionen zusammen setzt, die im Team zusammen arbeiten.

5.4 Bildung für Europa und in der einen Welt

Europa wird nicht nur größer, es wächst auch immer schneller und mit immer größerer Intensität zusammen. Der Europäische Rat hat 13 konkrete Ziele festgelegt, die bis zum Jahr 2010 zu erreichen sind. Zu diesen Zielen gehören z.B. die Erhöhung der Bildungsinvestitionen, die Schaffung aufeinander bezogener und miteinander vernetzter Wege für lebenslanges Lernen, mehr Hochschulabsolventen, weniger Schulabbrecher, die Steigerung der Attraktivität des Lehrer- und Ausbilderberufs. Über die Erreichung des vereinbarten Ziele müssen alle EU-Länder regelmäßig berichten.

Deutschland muss sich den Herausforderung der europäischen Bildungspolitik stellen: Erhöhung der Zahl von Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder, Halbierung der Zahl der Schulverweigerer, Vermittlung von zwei Fremdsprachen für alle Kinder und Jugendlichen, Aufwertung der Erzieherinnenausbildung, Harmonisierung der beruflichen Bildung, Neuordnung der Hochschulabschlüsse auf vergleichbarem Niveau, das durchgängige, auch real einlösbare Prinzip lebenslangen Lernens und die Vernetzung formellen, informellen und nicht-formalen Lernens.

Bei allem Nachdruck, mit dem die europäische Integration auch im Bildungswesen realisiert wird, darf der Blick auf globale Entwicklungen und die Verantwortung für die Menschen in den Ländern der „Dritten Welt“ nicht verloren gehen. Bildung muss die weltweite Solidarität stärken und die wechselseitigen Abhängigkeiten respektieren. Eine entsprechende Pädagogik ist mithin immer auch eine Menschenrechts- und Friedenspädagogik.

Die GEW fordert:

Die bundesstaatliche Ordnung der Bundesrepublik darf nicht weiter zu einem Bildungs-Provinzialismus führen. Die deutsche Bildungspolitik muss einen Weg finden, wie sie ihre Ziele und Standards für das Bildungswesen an europäischen und internationalen Maßstäben orientiert.

5.5 Kulturen zusammen bringen

Bildung wirkt aufklärend, ermuntert zum kritischen Hinterfragen und macht Fremdes verstehbar. Das gilt in besonderer Weise für den Umgang mit kultureller Verschiedenheit. Deutsche stehen Kindern aus anderen Ländern, ausländische Erwachsene deutschen Jugendlichen oft ratlos gegenüber. Sprache, Umgangsformen, Bräuche bleiben unverstanden, wenn man sich an niemanden wenden kann, der Verständigung schafft. Dann entstehen Ressentiments, im schlimmsten Fall rassistische Gewalt.

Wenn wir Separatismus, Ghettos und Ausgrenzung verhindern wollen, hilft Bildung, ein Einverständnis darüber zu erreichen, dass friedliches Miteinander in kultureller Vielfalt nicht nur hinnehmbar, sondern die Zukunft unserer zivilen Gesellschaft ist.

Die GEW fordert:

Das Bildungswesen muss in die Lage versetzt werden, kommunikative Kompetenzen zu entwickeln und zu fördern. Dazu bedarf es vor allem verstärkter Anstrengungen in der Sprachförderung sowohl in der deutschen Sprache als auch in den jeweiligen „Familiensprachen“. Darüber hinaus muss der Förderung von kultureller Identität mehr Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet werden. Das erfordert auch eine multi-kulturelle Zusammensetzung der pädagogischen Teams in den Bildungseinrichtungen. Integrierte Systeme und Ganztageseinrichtungen bieten die besten Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Kulturen zusammen zu bringen.

5.6 Geschlechterbewusste und geschlechtergerechte Bildung

Sowohl die Gesellschaft als auch Bildung und Erziehung sind von Geschlechterstereotypen geprägt. Am deutlichsten sichtbar ist dies an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und dem daraus resultierenden geschlechtsspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Ziel ist jedoch, mit Bildung und Erziehung dazu beizutragen, dass Widerständigkeit, Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung wachsen können. Daraus folgt die Aufgabe, eine reflexive geschlechterbewusste und geschlechtergerechte Bildung und Erziehung zu praktizieren:

Eine geschlechterbewusste Erziehung und Bildung nimmt die Kinder und Jugendlichen als Mädchen und Jungen in den Blick. In geschlechterbewusster Bildung sind sich Pädagoginnen und Pädagogen ihrer eigenen Rolle als Frau, als Mann bewusst und sie setzen sich mit ihrem Vorbildcharakter als Frau bzw. als Mann auseinander.

Geschlechterbewusste Bildung ist auch eine geschlechtergerechte; sie unterstützt Mädchen und Jungen darin, diejenigen Kompetenzbereiche zu erweitern, in denen sie sozialisationsbedingt eingeschränkt sind.

Sie bietet Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, durch die Beschäftigung mit der eigenen Biografie ihre eigene Gewordenheit, ihr Verhältnis zum eigenen Körper und zu ihrer Sexualität zu erkennen, sie im Kontext ihrer Positionierung im Geschlechterverhältnis wahrzunehmen und sie bewusst zu gestalten. Schülerinnen und Schülern wird Gelegenheit gegeben, ihre Lebensgestaltung und Berufsorientierung vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung und der damit verbundenen Zuweisung von Arbeitsfeldern zu sehen und bewusst zu gestalten.

Die GEW fordert:

Bildungs- und Erziehungsprozesse müssen geschlechtergerecht gestaltet werden. Das bezieht sich auf Inhalte und Organisation von Bildungsangeboten, Gestaltung von Materialien, Konzeptionen und Schulprogrammen. Diese Maßnahmen sind ebenso gesetzlich zu verankern wie die Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten.

5.7 Demokratie und Partizipation

Demokratische Beteiligung ist das Leitprinzip für die innere Gestaltung von Bildungseinrichtungen. Demokratie muss innerhalb der Einrichtungen entwickelt, gelernt und gelebt werden. Das geht weit über die formale Beteiligung z.B. von Schülerräten und Studentenausschüssen hinaus, sondern erstreckt sich auch auf Fragen der Lerninhalte, Lernformen und Lernwege. Der Grad an Beteiligungsmöglichkeiten beeinflusst nicht nur das soziale Klima, sondern auch den Bildungserfolg.

Demokratie und Beteiligung meint auch Respekt und Wertschätzung, Fürsorge und Rücksichtnahme, Gerechtigkeit und Gleichheit. Dies sind keine abstrakten Leitsätze oder Projektziele. Sie müssen vielmehr fest in der Alltagskultur einer jeden Einrichtung, sei es eine Kindertagesstätte, eine Schule oder in der Weiterbildung verankert sein. Wo sonst können Kinder und Jugendliche Demokratieerfahrung sammeln? Wie sollten sich Bildungseinrichtungen vor der Gesellschaft anders legitimieren als dadurch, dass sie demokratisch sind?

Die GEW fordert:

Eine größere pädagogische Eigenständigkeit und Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und eine Verbesserung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Kindern, Jugendlichen und Eltern. Entscheidungen sollen im Bildungswesens so weit wie möglich von allen Akteuren getroffen werden.

5.8 Eigenständigkeit und Verantwortung

Bildungseinrichtungen haben eine hohe Eigenverantwortung, erhalten dazu aber verbindliche und verlässliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen und konkrete Unterstützung in ihrer Weiterentwicklung. Die Entwicklung eigener Profile und die Umsetzung von Standards liegt in der Verantwortung der Einrichtungen, ihrer Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Nicht nur in Fragen der pädagogischen, auch in Fragen der technischen Organisation müssen die Einrichtungen größere Gestaltungsräume haben. So erhalten sie z.B. auch das Recht der Beteiligung bei der Personalauswahl und der Mitbestimmung bei den eigenen Leitungsstrukturen.

Die GEW fordert:

Alle Bildungseinrichtungen müssen mehr Möglichkeiten bekommen, selbstständig auf der Basis von mehr Mitbestimmung und Beteiligung zu agieren. Dies betrifft nicht nur Fragen der Pädagogik und der inneren Organisation, sondern auch des Personaleinsatzes und der Finanzen. Dazu brauchen Bildungseinrichtungen ausreichende, zusätzliche Ressourcen sowie innerorganisatorische Entscheidungsgremien. Leitungskräfte und Beschäftigte werden für ihre neuen Aufgaben besonders geschult und ausgebildet. Den Leitungsbefugnissen stehen auf der Seite der Beschäftigten angemessene Partizipations- und Mitbestimmungsrechte gegenüber.

5.9 Zeit für Bildung - ein Leben lang

Auch wenn man vom „lebenslangen Lernen“ spricht, ist Lernen nicht von der Zeit abgekoppelt. Das Bildungswesen muss so umgestaltet werden, dass es die Entwicklungspotenziale kleiner Kinder von Anfang an nutzt und entfaltet, dass es der „inneren Uhr“ mehr Recht gibt als der Schulglocke, dass Bildungszeiten individueller und freier gestaltet werden können, dass versäumte Zeit nachgeholt werden kann. Dazu wurden für die einzelnen Bildungsphasen die verschiedensten Methoden und Modelle entwickelt. Der Situationsansatz in der früh-kindlichen Pädagogik gehört genau so dazu wie der Wochenplan in der Grundschule, die Rhythmisierung des Tages in der Ganztagschule, die Wahlmöglichkeiten in der Sekundarstufe II und die unterschiedlichen Angebote in der beruflichen Bildung und an Hochschulen.

Die GEW fordert:

Jede Bildungszeit und die darin erworbenen Kompetenzen müssen dokumentiert werden. Es muss gewährleistet sein, dass einzelne, auch zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten erworbene Zertifikate für das Erreichen von Bildungsabschlüssen angerechnet werden.

5.10 Orte für Bildung

Bildung kann an unterschiedlichen Orten erfahren werden. Menschen erwerben ihr Wissen nicht nur an klassischen Lernorten, sondern auch in anderen Lebensräumen, in Museen, in Konzertsälen, in der Natur. Die Vielfalt der Orte entspricht auch dem differenzierten Konzept formeller, nichtformeller und informeller Bildung.

Weil Bildungseinrichtungen Lernfreude nur dann vermitteln können, wenn sie selbst eine lebenswerte Umwelt bieten, muss auf deren Architektur und Ausstattung mehr Wert gelegt werden.

Die GEW fordert:

Die verschiedenen Orte, an denen Bildungsprozesse stattfinden, müssen miteinander kommunizieren und kooperieren sowie die Vielfalt des Lebens repräsentieren. Die Architektur von Bildungseinrichtungen muss nicht nur effektivem Lernen gerecht werden, sondern sie muss auch eine lernfördernde und gesundheitsfördernde Umgebung darstellen. Vor allem Schulen müssen kindgerecht gestaltet werden.

5.11 Entwicklung und Evaluierung in lernenden Organisationen

Bildungseinrichtungen sind „lernende Organisationen“. Es soll regelmäßig durch interne und externe Evaluation überprüft werden, inwieweit sie die allgemeinen Standards und die eigenen Zielvorgaben erfüllt haben. Dabei hat die interne Evaluation Priorität. Rückmeldungen von Lernenden sind einzubeziehen. Eine von außen eingesetzte Evaluation, die mit Sanktionen verbunden ist, kann keinen Entwicklungsimpuls auslösen.

Werden Zielvorgaben und Standards nicht erreicht, sind die Ursachen zu ermitteln und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu ergreifen. Dazu können Bildungseinrichtungen sich der Hilfe verschiedener Beratungs- und Unterstützungssysteme bedienen. Die Entwicklung anspruchsvoller und auf Standards bezogener Testverfahren unterliegt staatlicher Kontrolle.

Durch empirische Forschung werden Innovationen im Bildungssystem auf ihre Wirksamkeit hin untersucht.

Insbesondere die in der Weiterbildung und an Hochschulen etablierten Verfahren zur Akkreditierung von Bildungsangeboten und Studiengängen sind weiterzuentwickeln. Einrichtungsbezogene, regionale und nationale Bildungsberichte geben in regelmäßigen Abständen Auskunft über das Qualitätsniveau des gesamten Bildungssystems. Zur Verbesserung der Transparenz wird die Bildungsberichterstattung aus unterschiedlichen Bereichen (Kinder- und Jugendbericht, Familienbericht, Armutsbericht, Sozialerhebungen zur Studiensituation u.a.) zusammengeführt.

Die GEW fordert:

Organisationsentwicklung im Bildungswesen muss die Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen nutzen und stärken. Damit Bildungseinrichtungen sich qualitativ weiterentwickeln können, brauchen sie zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen und eine qualifizierte Unterstützung.

5.12 Sozial gerechte Finanzierung

Die Notwendigkeit grundlegender und zügiger Bildungsreformen in Deutschland setzt klare haushaltspolitische Prioritäten für die Bildung auf allen Ebenen voraus. Investitionen in das Bildungssystem dienen nicht nur den Einzelnen, sie zahlen sich auch gesamtgesellschaftlich aus. Eine mutige Bildungsreform benötigt neben klaren, verbindlichen und gemeinsamen inhaltlichen Zielen ausreichende Ressourcen für Innovationen.

Die gegenwärtige Finanznot der öffentlichen Hand ist das Ergebnis falscher Politik. Grundsätzlich

müssen die strukturellen Probleme der öffentlichen Haushalte über ein verändertes Steuersystem gelöst werden. Bildung gehört zum Kernbereich staatlicher Aufgaben. Ausgaben für Bildung und Forschung sind volkswirtschaftlich sinnvolle und nützliche Investitionen und keine konsumtiven Ausgaben.

Die GEW fordert:

Bildungsausgaben sind als Investitionsausgaben in die öffentliche Haushalte einzustellen.

Der Staat darf die Finanzierungsprobleme des Bildungswesens nicht auf dem Rücken der Lernenden und des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals austragen.

Die GEW fordert von den politisch Verantwortlichen, Steuersenkungsforderungen im oberen Einkommensbereich energisch zurückzuweisen und stattdessen Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hand durchzusetzen.

Beschlossen am 26.04.2005